

# Versammlung der Parteitag in Aussig.

neuen Verbündeten, die Bulgaren und Türken, sich als äußerst wertvolle Mitkämpfer erweisen. Redner bespricht dann die Bedeutung des Unterseebootkrieges. Oesterreich-Ungarn, — — — seine Artillerie auf eine solche Höhe brachte, daß sie heute mit der reichsdeutschen Artillerie allen anderen Kriegsmächten der Welt überlegen sei, hat auch in finanzieller Hinsicht eine Stärke gezeigt, die weder Freund noch Feind ihm zugetraut hätte. Redner schließt mit dem Wunsche, daß alle Oesterreicher ohne Unterschied der Partei, der Religion, des Standes die bis zum Enderfolge noch notwendigen Opfer in Geduld und im Vertrauen auf bessere Zeiten bringen. (Langanhaltender Beifall.)

Als Seelsorger der Stadt Aussig begrüßt Herr Kanonikus **Zimmer** die Versammlung.

Begrüßungsgramme waren eingelangt von **Abt Pammer**, **Dr. Strunz**, **Dechant Reiffa**.

**Abg. Dr. Mataja**, mit lautem Beifall begrüßt, bespricht die Vorgeschichte dieses Krieges und die Kolonialvereinbarungen zwischen England, Frankreich, Rußland und Japan, welche Vereinbarungen neben national-egoistischen Interessen direkt einen deutschfeindlichen Charakter trugen, ja Deutschland und seine Mitgeher von jeder weiteren Ausdehnung in den Ueberseegebilde auszuschalten suchte.

Man müsse immer wieder hervorheben, was Oesterreich-Ungarn in diesem furchtbaren Ringen geleistet hat an Heldennut, durch die Schaffung und glänzende Verwertung unserer 325-Zentimeter-Motorhaubitzen in Flandern, Nordfrankreich, in den Karpathen, in Rußland, auf Gallipoli, in Serbien usw., sorgen wir aber auch, daß unser Vaterland die Früchte dieser großen Opfer genieße: die Herbeiführung einer zweckentsprechenden Verwaltung, einer gerechten Steuerpolitik, die Herbeiführung eines geordneten, arbeitswilligen Parlamentarismus. Soll aber die Zukunft Oesterreich-Ungarns wirklich auf einer soliden Grundlage aufgebaut werden, dann darf der religiöse Unterbau, die Pflege der Gewissenhaftigkeit nicht fehlen. Die Religion, das positive Christentum müsse wieder Einfluß gewinnen im Erwerbs- und Wirtschaftsleben, in der Sozialpolitik, in dem ganzen Volks- und Staatsleben, nur das positive Christentum wird uns davor sichern können, daß die Dinge nach dem Kriege nicht ärger werden als vor dem Kriege, nur das Christentum wird die Blüten, die im Kriege sich entfaltet, zu gesunden Früchten reifen lassen und sie vor der inneren Fäulnis bewahren. (Lange anhaltender Beifall.)

Hierauf hielt der Dominikaner **P. Jnozenz** aus Aussig eine zündende Ansprache, in welcher er seiner Freude Ausdruck gab, daß diese Versammlung alle seine Erwartungen weit übertroffen habe. — An die Kabinettskanzlei Sr. Majestät des Kaisers wurde ein Guldigungsgramm abgefaßt.

Nach der Annahme der vorgelegten Resolutionen wurde die glänzend verlaufene Versammlung mit dem Rufe „Auf Wiedersehen nach dem glücklich errungenen endgültigen Siege!“ geschlossen.

In den

### drei Entschlüsse,

die von der Versammlung einhellig angenommen wurden, heißt es: „Die Generalversammlung erneuert den Ausdruck patriotischer Treue zu Kaiser und Reich, preist mit Gefühlen heiligen Stolzes unsere im größten Völkerringen aller Zeiten treubewährte und ruhmbedeckte i. u. f. Armee und ihre Führer; sie gedenkt auch der vom Feinde so gesürchten Helden unserer Kriegsmarine und widmet nehmutsvolles trauer Gedenden den auf dem dreifachen Felde der Ehre gefallenen Söhnen unseres Vaterlandes und insbesondere allen denen, die im Leben zur patriotischen Fahne der christlichsozialen Partei gestanden. Sie erhofft mit vollster Zuversicht das siegreiche Hervorgehen der verbündeten Mittelmächte aus dem weltbefreienden Kampfe mit unseren Feinden; sie fordert gleichen Sinnes mit den Christlichsozialen der übrigen Länder alle Faktoren im Staate auf, durch Schaffung weitestgehender sozialer Maßnahmen die Wunden des Krieges im Familien- und Volksleben nach Möglichkeit zu heilen und insbesondere durch baldige Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, durch Errichtung von Kriegerheimstätten, durch geeignete Vorprogen für die Verbundenen oder an ihrer Gesundheit geschädigten heimkehrende Krieger die Dankesschuld des Vaterlandes abzutragen.“

Die Generalversammlung stimmt den auf dem christlichsozialen Parteitag am 15. und 16. Dezember 1915 in Wien gefaßten Beschlüssen betreffend die innere staatsrechtliche, politische Ausgestaltung des k. u. k. Reiches.

alten Forderungen bezüglich der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der Deutschen in Böhmen und hinsichtlich der deutschen Sprache als oberster staatlicher Verkehrs- und Verständigungssprache für Meer und Verwaltung.

Die Generalversammlung stellt neuerdings mit freudiger Genugtung die vollste Verwirklichung des christlichsozialen Programms im Weltkrieg fest, in welchem andere vielfach umlernen mußten; sie betont die Unerläßlichkeit der christlichen Religion und Sitte als Grundlage für das Wohl der Völker und Staaten und fordert zum Kampfe wider die Unmoralität und Verrohung auf; das christliche Sittengesetz muß auch im Wirtschaftsleben zur allgemeinen Geltung kommen, der Wucher und die großkapitalistische Ausbeutung auf allen Gebieten bekämpft werden. Zur Bedeckung der durch die Kriegskosten und sozialen Institutionen erwachsenden Staatsauslagen sollen in erster Linie und einem der Gerechtigkeit vollentsprechenden Maße das Großkapital, vor allem aber die beträchtlichen Kriegsgewinne herangezogen werden nach dem Grundsatz der progressiven Einkommensteuer.

Ueber die auf der Aussiger Tagung der deutsch-böhmischen Christlichsozialen in betreff der Autonomie-

frage bekundete Auffassung teilt die „Korr. Austria“ in ihrem Berichte über die Generalversammlung noch folgendes mit:

Neben den Organisationsfragen besaß die Erörterung der Frage der Länderautonomie politische Bedeutung und nahm den Hauptteil der Erörterung in Anspruch. Beide Vorberatungen erklärten sich mit der Stellungnahme und den Richtlinien des Reichsparteitages vom Dezember in den verschiedenen aktuellen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen einverstanden und genehmigten die damals aufgestellten Grundsätze. Gegenüber einzelnen Versuchen, betreffend die Auffassung der Autonomiefragen, zwischen den Deutschen Gegensätze zu konstruieren, wurde dargelegt, wie unberechtigt und unbegründet dieses Bestreben sei. Einhellig wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, sowohl in der Vorberatung des Parteivorstandes als auch in der der Landesvertrauensmänner, daß die weitere Entwicklung der Landesautonomie in Böhmen mit besonderer Berücksichtigung der einzuführenden Kreisvertretungen auf national getrenntem Boden zu erfolgen habe. Die Christlichsozialen unterstützen die Forderungen nach nationaler Selbstverwaltung nachdrücklichst, sie verlangen die Ausgestaltung der Landesautonomie Böhmens im Wege der gesetzlichen Festlegung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen, sie fordern die nationale Abgrenzung und Kreiseinteilung und wissen sich in diesen grundsätzlichen Forderungen eines Sinnes mit den übrigen bürgerlichen Parteien Deutschböhmens. Es ist ihnen ja nur zu bekannt, daß die nationale Abgrenzung schon im Jahre 1884 von **Dr. Herbst** verlangt wurde, während 1885 **Doktor Plener** die Schaffung der national einheitlichen Verwaltungskreise begehrte. 1889 verlangten die Abgeordneten **Dr. Mattus** und **Kieger** gleich den Deutschliberalen die Einführung der nationalen Kreisverfassung für Böhmen. Es handelt sich hier also um alte Kardinalforderungen, aus denen sich keine Gegensätze ergeben können.